

Ein Risiko für den Osten

HENRY LOHMAR

Es hat wenig Sinn, den Ländern mehr Kompetenzen zu geben, wenn man ihnen das Geld, das sie zur Bewältigung ihrer neuen Aufgaben brauchen, vorenthält. Da hat Alt-Bundespräsident Roman Herzog schon Recht. Insofern ist die Neuregelung der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern ein notwendiger zweiter Schritt innerhalb der Föderalismusreform. Die entscheidende Frage wird aber sein, wer künftig welches Stück vom Kuchen abbekommt und wie weit der Wettbewerb zwischen den Ländern gehen soll. Insbesondere für die ostdeutschen Länder steht bei den Verhandlungen einiges auf dem Spiel. Wird beispielsweise, wie von Herzogs Reform-Konvent vorgeschlagen, der Finanzausgleich zwischen armen und reichen Ländern zugunsten von Zuweisungen des Bundes abgeschafft, dann könnte die Schere zwischen Arm und Reich noch weiter aufgehen. Denn die Neigung des chronisch klammen Bundes, den Nehmerländern finanziell unter die Arme zu greifen, dürfte sich in Grenzen halten.